

Redebeitrag Friedensdemo Köln 24.02.2024

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

Heute sind es nicht nur zwei Jahre seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, sondern auch zwei Jahre sogenannte Zeitenwende.

Die damit einhergehende Militarisierung trifft alle Bereiche unseres Lebens. Die Kriegstreiberzeitung FAZ druckte vor einer Woche einen Kommentar, dass über den Umfang unseres Sozialstaats ernsthaft diskutiert werden müsse. Christian Lindner spricht gar von einem "Moratorium für Sozialausgaben".

Wir sehen: Die Offensive in den Köpfen nimmt volle Fahrt auf. Krieg und Rüstung statt Frieden und Soziales. Sie richtet sich vor allem gegen das öffentliche Bildungswesen.

In Deutschland haben sich etwa 70 Hochschulen eine sogenannte Zivilklausel gegeben. Eine freiwillige Selbstverpflichtung zu ziviler und friedlicher Forschung. Sie sind aus studentischen Initiativen entstanden und durch demokratische Mitbestimmung in Satzungen und Ordnungen der Unis festgeschrieben.

Sie sind ein Dorn im Auge von Rheinmetall, KMW und Bundeswehr. So wurde in den letzten Monaten vermehrt zum Angriff auf diesen Friedenswillen der Hochschulen geblasen. In Hessen, wo es seit Januar eine neue schwarz-rote Regierung gibt, wurde im Koalitionsvertrag eine "Unterstützung" der Unileitungen "bei der Überprüfung von Zivilklauseln" erklärt. "Überprüfung", das meint Streichung.

In Bayern ist man schon weiter und fordert die zwangsweise Kooperation der Hochschulen mit Bundeswehr und Rüstungsindustrie "bei Gründen der nationalen Sicherheit". Was solche Gründe genau sind, bleibt unklar. Die

Zusammenarbeit wird in Bereichen wie KI, Robotik, Drohnen und Cyberwaffen forciert.

Nicht nur auf Landesebene, auch auf Bundesebene wird die zivile und friedensfördernde Hochschule beschossen. "Unsere Forschung besser vor China schützen", schrieb Bundesforschungsministerin Stark-Watzinger in der Frankfurter Allgemeinen. Die Wissenschaft solle ihre "Freiheit zur Verantwortung" annehmen, also sich militärischer Nutzung ausliefern. Zugleich soll die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit China staatlich reguliert und eingehegt werden.

Überhaupt ist erstaunlich, mit welchem Eifer auf der Wissenschaftsfreiheit herumgeritten wird. Forschende, so heißt es, sollen frei entscheiden, welchen Projekten sie sich widmen. Die Zivilklauseln seien Einschränkungen dagegen.

Doch wer schränkt hier eigentlich die Wissenschaftsfreiheit ein? Wissenschaft muss finanziert werden. Labore, technische Geräte, Publikationskosten, Lehre, Löhne und vieles mehr bedarf schlicht und einfach Geld. Wer die Geldmittel steuert, steuert die Wissenschaft. Genau da setzt die bundesweite Austeritätspolitik im Bildungssektor an.

In Deutschland besteht ein Sanierungsstau an den Hochschulen von ca. 70 Milliarden Euro. In Marburg ist im Dezember die Decke eines Hörsaalgebäudes eingestürzt, und in Gießen gehen ganze Fachbereiche bankrott.

Sogar die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung beklagte schon 2016 die mangelnde Grundmittelversorgung. Grundmittel sind Gelder, die Hochschulen unabhängig von Forschungsprojekten erhalten. Ihr Mangel schränke die zweckfreie, erkundende Grundlagenforschung ein.

Während die Wichtigkeit der Forschung stets beteuert wird, wird an allen Ecken und Enden gespart und damit dem Wissenschaftsbetrieb die

materielle Grundlage entzogen. Das ist die wahre Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit!

Stark-Watzingers Plädoyer, die "strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung" zu hinterfragen, verschärft die Abhängigkeit der Wissenschaft von Industrie und Bundeswehr weiter. Ihre Wissenschaftsfreiheit ist die Freiheit, sich für dringend benötigte Drittmittel dem höchstbietenden Rüstungskonzern zu verkaufen.

Die Bedingungen für diese Mittel sind klar: Hochschulen sollen für die neue Aufrüstung forschen und Deutschland den technologischen Vorsprung gegenüber sogenannten "Systemrivalen" verschaffen. Sie sollen ideologische Wegbereiter für Militarismus, sowie Lieferanten passender Forschungsergebnisse und Absolventen sein. Die Hochschulen sollen ihren Teil zur deutschen "Führungsrolle" beitragen, in einer Phalanx mit Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, Parteien und Medien.

Die IG Metall hat in diesem Sinne Burgfrieden mit den Herrschenden geschlossen. Jetzt sollen Arbeiter nicht nur auf Arbeiter schießen - nein. Sie warten nun auch noch die Panzer, mit denen geschossen wird.

Und als wäre das nicht genug, sollen jetzt auch die wissenschaftlichen Arbeiter dazu verpflichtet werden, immer ausgefeiltere Tötungsmaschinen und Kriegsrechtfertigungen zu entwickeln.

Dies ist historisch betrachtet keine Neuheit: Man erinnere an das Manifest der 93 im Ersten Weltkrieg, in dem zahlreiche Wissenschaftler deutsche Kriegsverbrechen in Belgien rechtfertigten oder leugneten. Oder an die sogenannte "Deutsche Physik", die in der Zeit des Nationalsozialismus in der Disziplin selbst Antisemitismus und Rassismus zu verankern versuchte. Von Chlorgas und Zyklon B ganz zu schweigen...

Dagegen stehen die Zivilklauseln. So kurz sie auch in den jeweiligen Satzungen sein mögen, stellen sie dennoch die zentralen Fragen an die

Wissenschaft: Wem dient sie? Den Partikularinteressen einiger weniger, also Staaten, Banken, Konzernen? Oder der Menschheit als Ganzes?

Wollen wir einen Scheinfrieden durch gegenseitige Aufrüstung und ein Gleichgewicht des Schreckens, gar einen Siegfrieden im offenen Krieg? Oder einen positiven Frieden im Sinne der strukturellen Gewaltfreiheit?

Diesen Fragen nehmen sich immer mehr Studierende, Lehrende und andere Hochschulangehörige an. Zuletzt haben hessische Zivilklausel-Aktive einen offenen Brief veröffentlicht, in denen sich zahlreiche Unterzeichnende für den Erhalt der zivilen Ausrichtung der Hochschulen aussprechen.

In Kassel findet seit drei Semestern die autonome Ringvorlesung "Krieg und Frieden" statt, die die aktuellen Entwicklungen analysiert und einordnet. So ein Format wird im Sommer auch in Frankfurt stattfinden. In interdisziplinären Vorträgen und Diskussionen sollen Konzepte friedensfördernder Forschung und Lehre herausgearbeitet und weiterentwickelt werden.

Am 16. und 17. März findet in Frankfurt am Main der nächste Zivilklausel-Kongress statt. Durch Vorträge und Erfahrungsaustausch arbeiten wir daran, den Grundsatz allgemeinwohlorientierter, international kooperativer Wissenschaft an den Hochschulen und in der Gesellschaft zu verankern. Nur so können wir zu einer friedlichen, menschenwürdigen Entwicklung weltweit beitragen.

Ich lade euch alle herzlich ein, am 16. und 17. März nach Frankfurt zu kommen, mit uns über diese Fragen zu diskutieren und Ideen weiterzuentwickeln. Damit wir gemeinsam für die Entmilitarisierung und Humanisierung dieser Welt kämpfen!

Wir stehen nicht allein. Wie einst die Göttinger 18 gegen den Atomkrieg und der Mainzer Appell gegen die Pershing-II-Raketen, lassen auch wir uns nicht vom Kriegsgeist den Mund und den Kopf verbieten. Zum

Abschluss ein Zitat Albert Einsteins aus einem Briefaustausch mit Sigmund Freud:

“Unsere Waffen seien Waffen des Geistes, nicht Panzer und Geschosse. Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.”